

Antrag 235/I/2025 KDV Neukölln
Unsere Demokratie ist nicht kaufbar - Gegen den Einfluss von Tech-Milliardären!

Beschluss: Annahme

Wir fordern:

1. umfassende Neuaufstellung der EU bezüglich Tech-Konzernen durch:
 - a) EU-weite Sanktionen gegen Tech-Konzerne, die wiederholt rechtswidrige Inhalte hosten oder verbreiten. Dies könnte empfindliche Geldstrafen, aber auch temporäre Zugangssperren umfassen.
 - b) Verpflichtende Kooperation mit unabhängigen Fact-Checking-Organisationen. Diese sollten durch eine Digitalsteuer finanziert werden, um ihre Unabhängigkeit zu gewährleisten.
 - c) Einrichtung einer europäischen Digitalaufsicht mit echten Durchgriffsrechten. Diese Behörde müsste befugt sein, Inhalte zu löschen, Algorithmen zu prüfen und notfalls auch die Zwangszerlegung von Monopolen anzurufen.
 - d) Strikte Regeln für politische Werbung auf digitalen Plattformen, einschließlich Transparenzpflichten und Obergrenzen für Ausgaben.
 - e) Förderung digitaler Medienkompetenz durch EU-weite Bildungsprogramme, um Bürgerinnen und Bürger besser gegen Desinformation und Manipulation zu wappnen.
2. die Einführung eines verpflichtenden Transparenz-Registers für politische Werbung und Zielgruppen-Targeting
3. Einführung drastischer Sanktionen für Plattformen bei Verstößen gegen Wahlfairness und politische Manipulation
4. Eine Offenlegung der Algorithmen im Sinne der politischen Neutralität

Überweisen an

2027-Bundesparteitag